

# PRESSEMITTEILUNG

25. Mai 2022

## **EZB-Finanzstabilitätsbericht: Krieg Russlands gegen die Ukraine erhöht Finanzstabilitätsrisiken**

- Krieg wirkt sich auf Energiepreise, Inflation und Wachstum aus und verschärft bestehende Anfälligkeiten
- Märkte reagieren weitgehend geordnet auf Invasion, doch Risiko weiterer Korrekturen besteht fort
- Ausblick geringerer Profitabilität für Banken nach kräftiger Erholung im Jahr 2021

Dem heute von der Europäischen Zentralbank (EZB) veröffentlichten [Finanzstabilitätsbericht vom Mai 2022](#) (FSB) zufolge haben sich die Finanzstabilitätsbedingungen im Euroraum mit dem russischen Einmarsch in die Ukraine verschlechtert, denn dieser geht mit gestiegenen Energie- und Rohstoffpreisen einher und erhöht die Risiken für die Inflations- und Wachstumsaussichten des Eurogebiets.

„Der furchtbare Krieg in der Ukraine hat unermessliches menschliches Leid verursacht“, so EZB-Vizepräsident Luis de Guindos. Er habe auch die Risiken für die Finanzstabilität erhöht, da er praktisch alle Aspekte der Wirtschaftstätigkeit und der Finanzierungsbedingungen beeinflusse.

Die Märkte haben auf die russische Invasion der Ukraine dabei in weitgehend geordneter Weise reagiert. Die Rohstoff- und Energiepreise bewegen sich allerdings weiter auf einem erhöhten und volatilen Niveau, was zu gewissen Belastungen an den Derivatemärkten für diese Produkte geführt hat. Ungeachtet der jüngsten Anpassungen besteht für bestimmte Vermögenswerte nach wie vor die Gefahr weiterer Korrekturen, sollten sich die Wachstumsaussichten abschwächen und/oder die Inflation deutlich höher als erwartet ausfallen.

Der ungewisse Verlauf des russischen Krieges gegen die Ukraine und die sich wandelnden Erwartungen mit Blick auf eine Normalisierung der Geldpolitik in den Industrieländern können die Anfälligkeiten steigern. Sonstige potenzielle globale Entwicklungen wie ein ausgedehnteres

Wiederaufflammen der Corona-Pandemie, Schwächen in wichtigen Schwellenländern oder eine deutlichere Verlangsamung der chinesischen Konjunktur könnten die Wachstums- und Inflationsrisiken ebenfalls beeinflussen.

Die nichtfinanziellen Unternehmen im Euroraum sind mit Herausforderungen durch steigende Vorleistungspreise und sich stärker eintrübende Konjunkturaussichten konfrontiert. Dies könnte zu vermehrten Zahlungsausfällen im Unternehmenssektor führen, vor allem bei Firmen und in Bereichen, die sich noch nicht vollständig von der Pandemie erholt haben. Darüber hinaus könnten sich hoch verschuldete und bonitätsschwächere Unternehmen bei strafferen Finanzierungsbedingungen Belastungen ausgesetzt sehen.

Die Preise für Wohnimmobilien im Euroraum haben weiter angezogen und die Vergabe von Hypothekarkrediten hat sich weiter beschleunigt, wobei eine Vielzahl von Kreditnehmern wegen der Verbreitung von Festzinshypotheken kurzfristig vor höheren Zinsen geschützt sein dürfte.

Die Ertragsaussichten der europäischen Banken haben sich nach der 2021 zu verzeichnenden kräftigen Erholung wieder abgeschwächt. Die potenziellen Auswirkungen gestiegener Energiepreise, die höhere Inflation und ein schwächeres Wachstum könnten dazu führen, dass Risiken in Bezug auf die Qualität von Vermögenswerten schlagend werden. Gleichwohl sind nur einige wenige Banken in bedeutendem Maße direkt in Russland und der Ukraine engagiert, und eine kürzlich von der EZB durchgeführte Schwachstellenanalyse deutet überdies darauf hin, dass das Bankensystem im Euroraum auch im Falle scharfer wirtschaftlicher Abwärtsszenarien widerstandsfähig bleiben sollte.

Bei den Investmentfonds flossen umfangreiche Mittel von den Unternehmensanleihefonds hin zu den Staatsanleihefonds sowie von den Aktienfonds mit einem wachstumsorientierten Ansatz hin zu jenen, die einen wertorientierten Ansatz verfolgen (von Growth zu Value). Diese Umschichtungen haben bislang nicht zu Systemstörungen geführt, doch der Sektor ist aufgrund seiner niedrigen Liquidität, des hohen Durationsrisikos und des hohen Bestands an Anleihen, die von schwachen Unternehmen emittiert worden sind, nach wie vor anfällig. Einige Fonds sehen sich zudem zusätzlichen Risiken durch übermäßige, fremdfinanzierte Engagements in Derivaten oder durch Investitionen in Krypto-Vermögenswerten ausgesetzt.

Die Widerstandsfähigkeit des Finanzsystems würde von einer effektiveren Kapitalpuffer-Rahmenregelung profitieren. [Wie kürzlich von der EZB vorgeschlagen](#), würden höhere Kapitalpuffer, die in Stressphasen freigegeben werden können, die Verlustabsorptionsfähigkeit der Banken steigern und sie besser in die Lage versetzen, die Kreditvergabe aufrechtzuerhalten. Auch die Regulierung mit Blick auf die Risiken im Nichtbankenfinanzsektor, die sich etwa aus liquiditätsbezogenen Ungleichgewichten (Mismatch), der Verschuldung oder aus Nachschussverpflichtungen (Margining) ergeben, muss gestärkt werden.

**Medianfragen sind an [Simon Spornberger](#) zu richten (Tel. +49 151 15 661 448).**

**Europäische Zentralbank**

Generaldirektion Kommunikation

Sonnemannstraße 20, 60314 Frankfurt am Main, Deutschland

Tel.: +49 69 1344 7455, E-Mail: [media@ecb.europa.eu](mailto:media@ecb.europa.eu)

Internet: [www.ecb.europa.eu](http://www.ecb.europa.eu)

*Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.*